



Gedankensplitter (1) Juli 2016

Zum Thema "Unterbringung von Flüchtlingen"

Bündnis 90/ Die Grünen (Antragsteller Fraktionsmitglied Jürgen Georgi, unterzeichnet von Ulrich Kellmer) haben im November 2015 folgenden Antrag gestellt:

„Das Gebäude des Technischen Rathauses der Gemeinde Kalletal, Herforder Straße 11, wird zur Unterbringung ausländischer Flüchtlinge genutzt, Der Fachbereich IV-Planen und Bauen- zieht in das Gebäude des Rathauses der Gemeinde Kalletal Rintelner Straße 3 um.“

Der Rat stimmte diesem Antrag ohne eine Wortmeldung/Nachfrage in seiner Sitzung am 17.12.2015 zu!!!

Wir sind der Auffassung,

- dass das Gebäude Herforder Straße 11 für diesen Zweck ungeeignet ist.
- dass keine Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für diesen Beschluss erfolgt ist. Beispielsweise wurde das Gebäude erst vor kurzer Zeit mit neuer Bürotechnik ausgestaltet, die für die Unterbringung von Flüchtlingen eher sinnfrei ist. Alte, denkmalwürdige vorhandene Bauelemente sind ebenso wenig für diesen Zweck geeignet. Die Aufzählung könnte fortgesetzt werden, aber diese Aspekte hat niemand in den Blick genommen.
- dass der Aufwand zum Umbau des Gebäudes an der Rintelner Straße (insbesondere die Herrichtung von Boden und Keller) viel zu hoch ist und der Aufwand beim Beschluss laut Vorlage nicht bekannt war und u.U. immer noch nicht bekannt ist.

Laut Vorlage sind die finanziellen Auswirkungen derzeit nicht bezifferbar.

Wir denken,

- dass der Rat den Beschluss in der damaligen Situation notfallmäßig und vorsorglich gefasst hat.

Wir wissen,

- dass zwischenzeitlich mehrere für diesen Zweck wesentlich besser geeignete Gebäude seitens der Gemeinde erworben oder angemietet wurden. (z.B.in Langenholzhausen, Placken) Außerdem wurde eine Vielzahl von sehr teuren Betonsheltern angeschafft und aufgebaut.

Wir begrüßen es,

- dass die SPD-Fraktion die Notwendigkeit aufgrund der geänderten Rahmenbedingungen erkannt hat, den Antrag auf Änderung des Beschlusses vom 17.12.2015 zu stellen, um wirtschaftlichen Schaden für die Gemeinde in Zeiten der Haushaltssicherung zu verhindern.

Wir wundern uns,

- dass dieser Antrag noch nicht auf der Tagesordnung war!! Warum nicht?

Wir vermuten,

- dass der Bürgermeister und Bündnis 90/Die Grünen im Hintergrund daran arbeiten, dass der Antrag nicht beraten wird, weil es sonst entgegen ihrer Auffassung bei genauer Betrachtung der Fakten eine Mehrheit gegen den alten Beschluss geben könnte.

Wir haben die Hoffnung,

- dass die Kalletaler SPD bei ihrem Antrag bleibt und dass dieser Punkt in Kürze (nach Genehmigung des Haushaltssicherungskonzepts) erneut beraten und der alte Beschluss aufgehoben wird. (AS)